



News aus der Regionsversammlung von Jessica Kaußen 01/2021

Inhaltsübersicht

1. Beiträge vom Januar

- 1.1 Weitere Verschärfung am Wohnungsmarkt im abgelaufenen Jahr: Mietkosten stiegen 2020 in Hannover weiter an [Hier klicken](#)
- 1.2 Neue Tarife im öffentlichen Personennahverkehr: Großraum-Verkehr Hannover (GVH) zwischen Innovation und Fahrpreiserhöhungen
- 1.3 Medienmitteilung der Fraktionsvorsitzenden der Fraktion Die Linke in der Regionsversammlung Hannover: Nach Corona-Ausbruch in Garbsen nicht zur Tagesordnung übergehen
- 1.4 Kurz kommentiert: Kommunalpolitische „Goldene Himbeere“ für Regiobus Hannover
- 1.5 Der Steintor und einige über jeden Verdacht erhabene Mitbürger
- 1.6 Impfkampagne läuft nur schleppend an. Dringende Verbesserung der Kampagne ist jetzt vor dringliche Aufgabe der Region Hannover

2. Anträge & Anfragen an die Verwaltung

- 2.1 Corona-Ausbruch bei Amazon in Garbsen
- 2.2 Unterstützung von Hilfebedürftigen Menschen bei Transportfahrten zum Impfzentrum der Region Hannover

1.1 Weitere Verschärfung am Wohnungsmarkt im abgelaufenen Jahr:

Mietkosten stiegen 2020 in Hannover weiter an

Das vergangene Jahr war in Hannover für Mieter und Wohnungssuchende erneut von höheren Kosten für die eigenen vier Wände geprägt. Die Mieten stiegen um etwa 5 Prozent. Für den Quadratmeter Wohnraum muss nunmehr im Schnitt eine Nettokaltmiete von 8,46 Euro gezahlt werden. Dies ergaben Auswertungen des Internetportals Immoscout. Andere Vergleichsportale kommen sogar auf höhere Zahlen. So beziffert etwa das Portal wohnungsboerse.net die Nettokaltmiete in Hannover bei 10,49 Euro pro Quadratmeter. Dem städtischen Wohnungsmarktbericht ist zu entnehmen, dass die Anzahl der inserierten Wohnungen seit Beginn der Datenauswertung noch nie so gering gewesen ist. Schon seit Jahren kann der Wohnungsbau mit der steigenden Anzahl an Zuwanderung in die Region nicht mithalten. Wenn es um bezahlbaren Wohnraum geht, ist die Lage sogar noch katastrophaler. Die Linke in Hannover fordert schon seit Jahren ein öffentlich gefördertes Wohnungsbauprojekt um

die rund 13.000 Wohneinheiten zu schaffen, die in Hannover mindestens benötigt werden. Die Regionspolitik bleibt aber mutlos. Lediglich 28 Belegrechtswohnungen wurden seit 2017 dem Wohnungsmarkt zugeführt, wusste die Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 17.9.2020 zu berichten. Abhilfe sollte im Jahr 2020 ein Projekt der Region Hannover nach dem Karlsruher Modell schaffen. Vermietern wurden zahlreiche finanzielle Hilfen in Aussicht gestellt, wenn sie Belegrechtswohnungen einrichten würden. 80 Wohnungen pro Jahr sollten so dem Wohnungsmarkt für Einkommensschwache zugeführt werden. Eine Evaluierung des Modells steht noch aus. Nicht von ungefähr hat die Die Linke in der Region Hannover die Kosten für eine sozial ausgewogene Entwicklung des Wohnungsmarktes auf über 200 Millionen Euro taxiert. Die Forderung nach einer öffentlichen Verantwortung liegenden Wohnungsbauprojekt bleibt weiterhin aktuell.

1.2 Neue Tarife im öffentlichen Personennahverkehr:

Großraum-Verkehr Hannover (GVH) zwischen Innovation und Fahrpreiserhöhungen

Pünktlich zum neuen Jahr wird die Nutzung des Öffentlichen Personen Nahverkehrs (ÖPNV) neu gestaffelt. Die Linke in der Regionsversammlung begrüßt die erweiterten Angebote für Auszubildende und Senioren ausdrücklich, erklärt die Vorsitzende der Fraktion Die Linke in der Regionsversammlung Jessica Kaußen.

Gleichzeitig seien allgemeine Erhöhungen der Fahrpreise ein falsches verkehrs- und umweltpolitisches Signal. Dass mit der Anhebung der Fahrpreise für Gelegenheitsfahrer*innen die Attraktivität des ÖPNV gegenüber der Nutzung des Privat-Pkw gesteigert wird, dürfte niemand ernsthaft glauben. Auch die Erhöhung der Preise für Monatskarten dürfte nicht zum Umstieg auf Bus und Bahn beitragen. Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Erhöhungen moderat ausgefallen sind, so Kaußen weiter, es bleibt aber dabei, dass der ÖPNV nur zur Klimaneutralität beitragen kann, wenn er perspektivisch günstiger und zukünftig farscheinlos

zur Verfügung stehen würde. Dass dies keine Utopie, sondern gesellschaftlicher Auftrag in Zeiten des Klimawandels sei, zeigen viele Kommunen in ganz Europa bereits im Hier und Jetzt. Kaußen gab zu bedenken, dass Hannover weit davon entfernt sei die notwendigen Klimaziele zu erreichen. Ausdrücklich begrüßt die Linke in der Regionsversammlung, dass die GVH die Tarife bei der Beförderung von Kindern nicht erhöht hat. Wir bemängeln jedoch, dass arbeitslose Jugendliche nicht von der Jugendnetzkarte profitieren, führt Kaußen weiter aus. Hier wäre ein einheitlicher Jugendtarif sinnvoller.

1.3 Medienmitteilung der Fraktionsvorsitzenden der Fraktion Die Linke in der Regionsversammlung Hannover:

Nach Corona-Ausbruch in Garbsen nicht zur Tagesordnung übergehen

Jessica Kaußen: „Amazon bleibt Antworten schuldig. Regionsverwaltung steht in der Pflicht den Corona-Ausbruch in Garbsen aufzuklären“. Mit einem Wert von knapp 190 hat Garbsen einen der höchsten Inzidenzwerte der Region Hannover. Die örtliche Presse bringt den Online-Händler Amazon mit dem Ausbruch der Krankheit in Garbsen in Verbindung. Der Konzern des Milliardärs Jeff Bezos betreibt eine Betriebsstätte in der Umlandgemeinde.

Amazon gehört zu den wirtschaftlichen Profiteuren der Corona-Pandemie. Während sich der stationäre Einzelhandel im Lockdown befindet, kann Amazon ungestört seine Geschäfte fortführen. Es ist nicht

hinnehmbar, dass ein solches Geschäftsmodell auf Kosten der Mitarbeiter und der Gemeinden abgewickelt wird, die die Betriebsstätten von Amazon beherbergen. Eine ernsthafte Aufklärung der Vorgänge ist nicht nur arbeits- und gesundheitspolitisch geboten, sondern darf auch von den Einzelhändlern verlangt werden, die in der Krise auf das eigene Geschäft verzichten, um die Einwohner*innen der Region Hannover vor der Ausbreitung des Virus zu schützen.

„Antrag gemäß § 8 Geschäftsordnung“ auf Seite 7

1.4 Kurz kommentiert:

Kommunalpolitische „Goldene Himbeere“ für Regiobus Hannover

Die Corona-Pandemie begleitet die Verantwortlichen des regionalen Nahverkehrs nun seit knapp einem Jahr. Und eigentlich sollte sich die Logik durchgesetzt haben, dass die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben weiterhin für viele Menschen bedeutet sich auf den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) verlassen zu dürfen. Dies betrifft vor allen Dingen viele Schüler*innen die sich auf den Einsatz der Regiobus GmbH in dieser Woche verlassen hatten um zur Schule zu gelangen. Denn für viele Schüler*innen gilt ein Anspruch auf Notbetreuung bzw. Präsenzpflcht als Schüler*innen von Abschlussklassen. Dies scheint sich aber bei den Verantwortlichen der Regiobus GmbH nicht rumgesprochen zu haben. Wie die Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ) am heutigen Mittwoch zu berichten wusste, waren viele Schüler*innen zu Beginn der Woche nicht in der Lage den Schulbus zu nutzen, um zu den Bildungseinrichtungen zu gelangen. Der Grund:

Regiobus fährt derzeit nach dem Ferienfahrplan. Nach Angaben der HAZ mussten viele Pädagogen feststellen, dass die Schüler*innen oft mit erheblichen Verspätungen den Weg in die Schulen fanden. So weit so gut. Die Goldene Himbeere verdient sich Regiobus vor allen Din-

gen wegen der völlig inadäquaten Reaktion auf dieses Versagen des kommunalen ÖPNV. Denn nach Einschätzung einer Sprecherin des kommunalen Busunternehmens sei die Lage nicht sehr dramatisch. Viele Abiturienten seien erwachsen und motorisiert oder könnten auf die Fahrzeuge ihrer Eltern zurückgreifen bzw. sich von selbigen fahren lassen. Bei solchen geistreichen Kommentaren der örtlichen Verantwortlichen muss sich niemand wundern, wenn Klimaziele nicht erreicht werden und die Verkehrswende nicht ansatzweise sichtbar ist. Dass Regiobus erst ab nächster Woche eine Umstellung auf den normalen Fahrplan garantieren kann, zeigt einmal mehr, dass die Notwendigkeit einer nachhaltigen Umwelt- und Verkehrspolitik scheinbar noch nicht bei allen Entscheidungsträgern wirklich angekommen ist.

Es kommentiere Juan P. Sanchez Brakebusch (Geschäftsführer der Fraktion DieLinke)

1.5 Der Steintor und einige über jeden Verdacht erhabene Mitbürger

Hannovers Politik streitet mal wieder um das Steintorviertel. Hannovers „Amüsiermeile“ ist einem Teil der Stadtgesellschaft seit Jahren ein Dorn im Auge. Mitten in der Landesmetropole befindet sich die Geldmaschine der organisierten Kriminalität. Haupteinnahmequelle:

Menschenhandel und Drogenverkauf. Die Grundstücke am Platz sind mehrere Millionen wert, die darauf stehenden Gebäude eher nicht. Mit dem Niedergang der Messe als Globalplayer der Ausstellungsökonomie und der nachhaltigen Corona-Pandemie hat sich das Geschäft im Viertel verändert. Der Standort steht vor gravierenden Veränderungen. Es bleibt die Frage, ob das Viertel in dieser Form zu halten ist, es zusehends weiter verwahrlost oder einer vollständig anderen Nutzung zugeführt wird.

Nur vor diesem Hintergrund lassen sich die kommunalpolitischen Machtspiele um Hannovers Mitte richtig einordnen. Seit Jahren wird versucht mit planerischen Maßnahmen die städtebauliche Strangulierung der althergebrachten Nutzung zu unternehmen. Ob der phantasielos geplante Steintorplatz, die Ansiedelung von Luxuswohnungen am Marstall oder die hochtrabenden Pläne einen Betonplatz durch Betonburgen zu ersetzen, all dies ist nur der Auftakt zur akribischen Neuordnung millionenschwerer neuer Spieler am Ort. Und entgegen der Reflexe aus der örtlichen Kommunalpolitik geht es dabei nicht um die Ansiedelung einer Polizeiwache, deren baulicher Ausgestaltung und dem möglichen Abschreckungspotential dergleichen auf die Kriminalität am Ort, sondern um die Frage, wer die zukünftigen Profiteure der Neuordnung am Platz sind.

Vergessen wird dabei, wer die Verantwortung dafür trägt, dass das Viertel überhaupt diese Entwicklung nehmen konnte. Über jeden Verdacht erhabene Bürger aus der kleinen und der großen Politik haben jahrzehntelang ihrer Hand über jene Profiteure gehalten, die mit dem Leid anderer Menschen ihre Geschäfte machen konnten. Die Logik:

Ein deutsches Viertel für deutsche Kriminelle. Diese Totalkapitulation des Rechtsstaats mitten in Hannover, sie war der örtlichen Zivilgesellschaft kein Dorn im Auge. Der Filzstandort Hannover in Höchstform. Dabei ist klar, die organisierte Kriminalität (um diese handelt es

sich letztlich am Steintor) lässt sich nicht mit Polizeiwachen bekämpfen. Derer gibt es in der Nähe des Standortes ohnehin genug. Wichtig ist Menschenhandel und Drogenkriminalität zivilgesellschaftliche Formen der Abschöpfung ihrer Geldquellen entgegenzusetzen. Dazu gehört die präventive und aktive Drogenpolitik und sichere Anlaufstellen für Personen, die sich aus dem Netzwerk des Menschenhandels befreien wollen. Für all diese Maßnahmen steht öffentliches Geld immer unter dem Vorbehalt befristeter Mittelbezuschussung zur Verfügung. Der Staat überlässt hier gerne Akteuren der freien Wohlfahrtspflege das Feld. Die dürfen dann jährlich um ihre Mittel bangen. Und genau daran muss sich etwas ändern. Statt mehr Polizeiwachen brauchen wir in Hannover langfristig planbare Geldzuwendungen in die Projekte, die die Geldquellen der organisierten Kriminalität nachhaltig austrocknen.

Juan P. Sanchez Brakebusch (Geschäftsführer Fraktion Die in der Regionsversammlung Hannover)

1.6 Impfkampagne läuft nur schleppend an. Dringende Verbesserung der Kampagne ist jetzt

vordringliche Aufgabe der Region Hannover

Obwohl die Auswirkungen der Corona-Pandemie medizinisch und gesellschaftlich verheerend sind, kommt die Impfkampagne auch in Hannover nur äußerst schleppend voran. Derweil sorgen auch Lieferengpässe der Vakzine dafür, dass die Impfkampagne nicht richtig in Schwung kommt, wie die Neue Presse (NP) vom 25.1.2021 berichtet. Vor dem Hintergrund des derzeitigen Engpasses bei der Lieferung von Impfstoff revidieren Stadt und Region Hannover ihre Erwartungen zum weiteren Fortschritt der Corona-Impfungen. Bislang haben mehr als 10.000 Bewohnerinnen und Bewohner sowie Pflegekräfte in Alten- und Pflegeheimen in der gesamten Region die erste von zwei notwendigen Impfungen gegen das Coronavirus erhalten – nahezu die Hälfte der Menschen in dieser Zielgruppe. Stadt und Region gehen jedoch davon aus, dass sich die Erstimpfungen in den Einrichtungen bis in den Februar hineinziehen und nicht wie gehofft Ende Januar abgeschlossen werden.

Seit Mittwoch, 20. Januar 2021, werden zudem die zweiten Impfungen an diejenigen verabreicht, die vor drei Wochen die erste Injektion erhalten haben. Da der Schutz nur mit zwei Impfungen vollständig gewährleistet ist, haben diese Impfungen für Stadt und Region Priorität. Der Impfstoff für diese Impfungen ist gesichert. Ob der Start für die Impfung von über 80-Jährigen im gemeinsamen Impfzentrum am Messegelände wie geplant am 1. Februar 2021 stattfinden kann, ist indes noch offen, meldete diese Woche die Region Hannover.

Dass die Gruppe der 80-Jährigen die nicht in Heimen wohnen die notwendigen Impfungen erhalten, muss jedoch ebenfalls dringend gewährleistet werden, erklärt die Fraktionsvorsitzenden der Linksfraktion Jessica Kaußen. Richtig ist, dass in unserer Region fast jede fünfte Infektion in Einrichtungen der Alterspflege zu registrieren ist (vgl. NP vom 22.1.2021). Dass Infektionsgeschehen außerhalb der Einrichtungen nicht aus den Augen zu verlieren, sei aber wichtiger Bestandteil der Gesundheitsprotektion so Kaußen weiter. Auch in den Umlandgemeinden der Region Hannover sorgen die Verzögerungen für Unmut. Die Kommunen sind nun für die Infopost zum Impftermin zuständig, da die Infokampagne des Landes von zahlreichen Pannen überschattet wurde. Allerdings warten die Kommunen immer

noch auf die Musterbriefe des Landes, um diese dann an die Risikogruppe der über 80-Jährigen zu versenden. Sodann würden die Kommunen die Briefe mit Ergänzungen, etwa zu lokalen Lage der Impfzentren, weiterleiten. So berichtet es die Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 22.1.2021. Gerade bei zu Hause lebenden Senioren ist die Verunsicherung über die Möglichkeit eine Impfung zu erhalten derweil sehr groß. Mit einer Anfrage an die Verwaltung lässt die Fraktion Die Linke gerade klären, wie ein durchgängiger und kostenloser Fahrdienst zu den Impfzentren gewährleistet werden kann. Bereits der Seniorenbeirat der Gemeinde Wedemark hatte kritisiert, dass Ältere voraussichtlich selbständig zum Messegelände fahren müssen. Unzumutbare Zustände für Jessica Kaußen.

Dass die Impfkampagne so dilettantisch anläuft sei ein Skandal erklärte Kaußen abschließend. Vor allen Dingen vor dem Hintergrund, dass die mutierte Corona-Variante wahrscheinlich bereits in der Region Hannover nachgewiesen werden kann, wie die lokale Presse aktuell berichtet.



2.1 ANFRAGE: Corona-Ausbruch bei Amazon in Garbsen

Anfrage gemäß § 9 der Geschäftsordnung

Sowohl die Tageszeitung (taz) als auch die Hannoversche Allgemeine Zeitung haben Ende Dezember darüber berichtet, dass es am Betriebsstandort des Onlinehändler Amazon in Hannover-Garbsen zu einem starken Anstieg der Corona-Infektionen unter den Mitarbeiter*innen gekommen sei.

Den Presseberichten ist zu entnehmen, dass das zuständige Gesundheitsamt Schwachstellen bei den Betriebsabläufen von Amazon festgestellt hat. So etwa im Raucherbereich für Mitarbeiter*innen und bei der Anfahrt von Mitarbeiter*innen in so genannten Shuttle-Bussen.

250 Mitarbeiter*innen sollen sich angesteckt haben. Davon galten 125 Mitarbeiter*innen als akut infiziert.

Vor diesem Hintergrund fragt die Linksfraktion die Verwaltung:

1. Wurde das Hygienekonzept der Amazon Betriebsstätte von dem zuständigen Gesundheitsamt ausreichend geprüft?
2. Wenn ja, warum waren die beschriebenen Schwachpunkte Raucherbereich und Shuttlebusse dieser Prüfung entgangen?
3. Warum war behördlicherseits nicht dafür gesorgt worden, dass die Amazon-Betriebsstätte eine ausreichende Buskapazität zur Sicherstellung eines gesundheitsrechtlich gebotenen Transports der Mitarbeiter*innen zur Verfügung stellt?
4. Ist beabsichtigt die Amazon-Betriebsstätte ordnungsrechtlich zur Verantwortung zu ziehen?
5. Wie viele von den akut infizierten Erkrankten mussten intensivmedizinisch behandelt werden?
6. Wie ist der aktuelle Stand der gemeldeten Corona-Infektionen an der Amazon-Betriebsstätte in Garbsen?
7. Wie wird von der Region Hannover sichergestellt, dass sich solche Verhältnisse nicht wiederholen?

Amazon gehört zu den wirtschaftlichen Profiteuren der Corona-Pandemie. Während sich der stationäre Einzelhandel im Lockdown befindet, kann Amazon ungestört seine Geschäfte fortführen. Es ist nicht hinnehmbar, dass ein solches Geschäftsmodell auf Kosten der Mitarbeiter*innen und der Gemeinden abgewickelt wird, die die Betriebsstätten von Amazon beherbergen. Eine ernsthafte Aufklärung der Vorgänge ist nicht nur arbeits- und gesundheitspolitisch geboten, sondern darf auch von den Einzelhändler*innen verlangt werden, die in der Krise auf das eigene Geschäft verzichten, um die Einwohner*innen der Region Hannover vor der Ausbreitung des Virus zu schützen.

Mit freundlichen Grüßen,

Jessica Kaußen

2.2 ANTRAG: Unterstützung von Hilfebedürftigen Menschen bei Transportfahrten zum Impfzentrum der Region Hannover

Antrag gemäß § 8 Geschäftsordnung

Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die Region Hannover finanziell schlechtgestellte Seniorinnen und Senioren sowie körperlich eingeschränkte Bürgerinnen und Bürger bei der Wahrnehmung von Impfterminen im Impfzentrum auf dem Messegelände unterstützen kann. Dazu sollen kostenlose Angebote geschaffen werden. Es soll geprüft werden, inwieweit der Aufbau eines Fahrservices in Zusammenarbeit mit lokalen Taxi- und/oder Transportunternehmen erfolgen kann.

Begründung:

Die medizinisch sinnvolle und nötige Impfung gegen Corona wird nach Risikogruppen gestaffelt durchgeführt. Sie wird sich sicherlich über viele Monate erstrecken. Zuständig für die Infektionsschutzmaßnahmen ist die Region Hannover, die auf dem Messegelände ein entsprechendes Impfzentrum eingerichtet hat. Die Region Hannover sollte zur optimalen Versorgung der Menschen unverzüglich prüfen inwieweit unterstützende Maßnahmen für die Einwohner*innen der Region getroffen werden können. Dabei soll vor allem die Bereitstellung von kostenlosen Transportmöglichkeiten, um das Impfzentrum zu erreichen, kommunal gesteuert werden. Die bereitgestellten Transportmöglichkeiten sollen insbesondere für finanziell schlechtgestellte Seniorinnen und Senioren der Risikogruppe 80+, aber auch für die nächsten Priorisierungsgruppen der über 70jährigen Bürgerinnen und Bürger sowie körperlich eingeschränkte Einwohnerinnen und Einwohner gelten. Niemandem sollte aus körperlichen oder/und finanziellen Gründen die Impfung vorenthalten bleiben.

Die Region Hannover wird deshalb darum gebeten gemeinsam mit ihren Kommunen, mit lokalen Transportunternehmen, wie z.B. Taxiunternehmen, die ohnehin durch die Krise starke wirtschaftliche Einbußen zu verzeichnen haben, über Transportmöglichkeiten zu verhandeln. Dabei sollten auch regionale Ride-Share-Anbieter wie z.B. Moia, deren Angebote und Transportflotten stillstehen, in die Überlegungen einbezogen werden. Ebenso können weitere Transportdienste wie Anbieter von Krankentransporten usw. hinzugezogen werden.

Jessica Kaußen

Fraktionsvorsitzende